

**Bezirkswahl-
programm
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
in Mittelfranken
2008-2013**

**Bezirkswahl am
28. Sept. 2008**



Bezirkstag von Mittelfranken

Der Bezirk übernimmt als dritte kommunale Ebene wichtige Aufgaben in der Sozial- und Jugendpolitik, in der Politik für Menschen mit Behinderung, in der Psychiatrie sowie im Bereich von Natur, Umweltschutz und Kultur. Der Bezirkstag kontrolliert die Arbeit des Bezirkstagspräsidenten und der Bezirksverwaltung. Er ist nicht zu verwechseln mit der Bezirksregierung, die nur Weisungen der Bayerischen Staatsregierung ausführt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind im Bezirkstag **die** kritische, konstruktive Kraft. Gemeinsam mit dem Landtag wird alle fünf Jahre der Bezirkstag gewählt. Der künftige Bezirkstag wird sich aus 24 ehrenamtlichen MandatsträgerInnen zusammensetzen.

Die Finanzierung der Bezirksaufgaben ist sicher zu stellen. Die Bayerische Staatsregierung fordern wir auf, den Bezirk Mittelfranken im Finanzausgleichsgesetz (FAG) nicht zu benachteiligen. Er braucht genügend Mittel zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben.

Der Bezirk soll weiterhin durch eine sparsame und vor allem transparente Haushaltspolitik den Landkreisen und kreisfreien Städten die sinnvolle Verwendung der Bezirksumlage nachweisen.

Soziales und Gesundheit:

Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich. So gibt es ein Gefälle zwischen südlichen und nördlichen Bezirken, Stadt und Land. Ebenso wachsen Kinder- und Bildungsarmut. Immer mehr Menschen werden pflegebedürftig.

Die demografische Entwicklung erfordert neues Denken und neues Handeln.

Öffentliche Debatten über die Frage, wieviel unserer Gesellschaft ein würdiges Leben im Alter oder ein würdiges Leben bei Krankheit oder Behinderung wert ist, sind überfällig. Wir GRÜNE treten für ein dezentrales, wohnortnahes und für alle Menschen bezahlbares Gesundheitssystem ein. Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, wie sie in der Charta von Ottawa festgelegt sind.

Kultur:

In Zeiten zunehmender Globalisierung suchen immer mehr Menschen wieder Orientierung in ihrer unmittelbaren Umgebung. Menschen sollen ermuntert werden, sich selbst als „Kulturschaffende“ zu sehen und für „Kleinkultur“ einzutreten. Der Bezirk Mittelfranken kann den Begriff „Heimat“ mit neuem Leben füllen.

Umwelt:

Die Klimafragen sind zu Überlebensfragen der Menschheit geworden. Der Bezirk Mittelfranken muss alles tun, um im eigenen Verantwortungsbereich die Energiewende zu befördern und als öffentlicher Träger Vorbildfunktion zu übernehmen.

Wir GRÜNE stellen uns diesen Herausforderungen und wollen der Vorherrschaft der CSU im Bezirkstag ein Ende bereiten.

**JETZT. FÜR MORGEN.
GRÜNE. FÜR MITTELFRANKEN.**

Wie keine andere politische Kraft haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Debatte um eine Reform der Bezirke vorangetrieben. Grundlage einer solchen Reform ist eine **fundierte Aufgabenkritik aller überörtlichen Behörden** in Bayern. Vor allem mangelnde Transparenz und Kontrolle, Demokratiedefizite und Reibungsverluste sind zu beheben. Bestandteil einer Bezirksreform ist die Abschaffung von Doppelstrukturen und parallel arbeitenden Verwaltungen, aber auch die Prüfung der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben wie ÖPNV oder regionale Wirtschaftsentwicklung.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern:

■ Zur effektiveren und transparenteren Regionalplanung brauchen wir die Zusammenlegung von Bezirken und Regionalen Planungsverbänden.

■ Zur Koordinierung und demokratischer Entscheidungsfindung ist der Bezirkstag Mittelfranken zu einem Regionalparlament weiter zu entwickeln. Der Bezirk muss aufgrund seiner Kompetenz in der Metropolregion Nürnberg weitreichende Verantwortung übernehmen.

■ Wir brauchen einen bezirksübergreifenden Ausschuss zur „Metropolregion Nürnberg“, an dem alle beteiligten Bezirke der Metropolregion politisch mitwirken.

■ einen neuen Aufgabenzuschnitt der Bezirke: zukünftig sollen reformierte Bezirke auch Aufgaben wie Nahverkehrsplanung, Touristik und regionale Wirtschaftsförderung übernehmen,

■ die Bezirkstagspräsidentin / der Bezirkstagspräsident soll zukünftig hauptamtlich arbeiten.

Mit grüner Sozialpolitik engagierte Arbeit im Bezirkstag

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Gesellschafts- und Menschenbild, in dem Würde und persönliche Wertschätzung, Chancengerechtigkeit, Toleranz und gesellschaftliche Teilhabe zentrale Werte darstellen. Niemand darf davon ausgenommen werden, auch nicht die Menschen, die Hilfen brauchen, weil sie behindert, alt, pflegebedürftig oder psychisch krank sind.

Allen die Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen, wie es in der bayerischen Verfassung steht, ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssen Hilfestrukturen und Mittel bereitstellen, die die Würde, das Selbstbestimmungsrecht und die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen stärken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich entschieden gegen den allgemeinen Abbau sozialer Leistungen. Wir treten dafür ein, dass die notwendigen monetären wie personellen Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben zur Verfügung gestellt werden.

Die Auswirkungen einer sich wandelnden Gesellschaft sowie die demographische Entwicklung lassen erwarten, dass zunehmend mehr Menschen auf Leistungen des Bezirks angewiesen sind.

Die Aufgaben der Bezirke zum sozialen Ausgleich und in der Förderung benachteiligter Personen schlagen sich als Sozialausgaben in der Haushaltsbilanz des Bezirks nieder.

Eine Gesellschaft, die sich den Grundsätzen des Humanismus verpflichtet fühlt, muss sich darüber im Klaren sein, dass Ausbildung, Betreuung und Pflege ihren Preis haben. Deshalb muss sich der Finanzbedarf der Bezirksebene nach dem individuellen Bedarf der Leistungsempfänger richten.

Politik für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen

Der Bezirk ist nach den Vorschriften der Sozialgesetzgebung für die überörtliche Sozialhilfe zuständig. Mitmenschen, die trotz Pflegeversicherung die Pflegeleistungen oder eine notwendig gewordene Heimerbringung nicht selbst finanzieren können, haben Anspruch auf Hilfe zur Pflege. Im Jahr 2007 wurden dafür im Bezirk Mittelranken etwa 78 Millionen Euro ausgegeben.

Selbstbestimmtes Leben im Alter heißt für uns GRÜNE, möglichst lange im geeigneten häuslichen Umfeld wohnen zu können. Wir setzen uns für beim Bezirk angesiedelte, trägerunabhängige Beratungs- und Koordinierungsstellen ein, die zum Beispiel Interessierten helfen, Haus- oder Wohngemeinschaften zu bilden, sowie generationenübergreifende Projekte zu verwirklichen und über das vielfältige Service- und Pflegeangebot zu informieren. Bisher vorhandene Strukturen und Beratungsstellen bleiben erhalten.

An der Ausgestaltung der mit der Pflegereform beschlossenen Pflegestützpunkte wollen wir mitwirken. Die Pflegestützpunkte müssen unabhängig sein. Es ist sicher zu stellen, dass eine unabhängige Beratung garantiert und die Vernetzung aller Beteiligten (Fachleute, Angehörige, Selbsthilfegruppen,...) gewährleistet ist.

Die Wahrung der Menschenwürde in der stationären Pflege ist durch gute Rahmenbedingungen und ein unterstützendes Controllingssystem sicher zu stellen.

Wir GRÜNE treten für einen besonderen Schutz der Pflegebedürftigen, für Mitbestimmung der Betroffenen und Angehörigen, für bedarfsgerechte Ausstattung mit Personal, für Transparenz der Heim- und Pflegekosten und für ein einheitliches überprüfbares Qualitätsmanagement einschließlich qualifizierter Heimleitungen ein. Die Fachkraftquote von 50% darf nicht unterschritten werden!

Die Reform der Pflegeversicherung bringt hier zwar geringfügige Verbesserungen, ist aber insgesamt nicht ausreichend. So kann die bessere Berücksichtigung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, zum Beispiel Demenzkranken, in der Pflegeversicherung nur ein erster Schritt sein.

Notwendig ist vielmehr eine grundlegende Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit dem Ziel, Bedarf und Bedürfnisse der Betroffenen vollständig zu erfassen.

Besondere Aufmerksamkeit muss künftig auch den Problemen von älter werdenden Menschen mit Behinderung und Obdachlosen, die pflegebedürftig werden, gewidmet werden. Für sie müssen Möglichkeiten geschaffen werden, nicht in Pflegeheimen zu landen.

Im Bereich der psychiatrischen Betreuung seiner älteren Mitbürger (Gerontopsychiatrie) hat Mittelfranken viel getan. Wir sehen das als gute Basis für einen Prozess, der weitergeführt werden soll. Die mittelfränkische „Alzheimer-Kampagne“ leistet in diesem Bereich wertvolle Arbeit.

Soziale Sicherung für Menschen mit Behinderung - Ambulante Hilfen und Persönliches Budget

Eingliederungshilfe für Behinderte ist die gesetzlich abgesicherte Förderung zur Teilhabe an der Gemeinschaft und am Berufsleben - dafür wurden 2007 etwa 204 Millionen EUR im Bezirk Mittelfranken ausgeben.

Seit dem 1. Januar 2008 ist der Bezirk Mittelfranken nicht nur für die Leistungen der stationären Eingliederungshilfe zuständig, sondern auch für die ambulanten Hilfen für Menschen mit Behinderung. Diese überfällige Entscheidung des Bayerischen Landtags ermöglicht es nun, den betroffenen Menschen individueller gerecht zu werden. Von der Frühförderung, dem Behindertenfahrdienst über Angebote der offenen Behindertenarbeit bis hin zu neuen Wohnformen soll so behinderten Menschen mehr Flexibilität in ihrer Lebensgestaltung zuteil werden. Wir GRÜNE wissen allerdings auch, dass mit dieser veränderten Aufgabenstellung alleine noch nichts gewonnen ist. Aufgrund der bisherigen Zuständigkeit von Landkreisen und kreisfreien Städten haben sich sehr unterschiedliche Standards in der Angebotspalette entwickelt, die es auf hohem Niveau anzugleichen und auszubauen gilt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gemeinsam mit den Organisationen der Behindertenselfhilfe und den Eltern- und Angehörigenverbänden diese Ziele schrittweise voranbringen. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ lässt sich nur verwirklichen, wenn barrierefreier Wohnraum, Mobilität und die jeweils nötige Betreuung sichergestellt werden.

Die wohnortnahe Förderung und Beschulung von behinderten Kindern und Jugendlichen setzt auch bei Kindertagesstätten und Schulen die Bereitschaft zur integrativen Betreuung voraus. Dass diese in Deutschland im Gegensatz zu vielen europäischen Nachbarn noch in den Kinderschuhen steckt, bedeutet eine Herausforderung für uns alle. Der Bezirk leistet weiterhin über Eingliederungshilfe seinen Beitrag für integrative Kindergärten.

Die Einführung des „Persönlichen Budgets“ im Sozialgesetzbuch stellt einen Paradigmenwechsel dar. Menschen mit Behinderung können dadurch im Idealfall eigenverantwortlich Leistungen einkaufen und ihren individuellen Hilfebedarf decken. Seit 1. Januar 2008 ist dieses Wunsch- und Wahlrecht als Ergänzung zur bisherigen traditionellen Sachleistung gesetzlich festgelegt. Wir fordern Kostensätze, die eine eigenständige Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Der Bezirk fördert das Assistenzmodell, das den betroffenen Menschen ein eigenständiges Leben ermöglicht.

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Arbeitslosigkeit sind Menschen mit Behinderung nach wie vor auf dem 1. Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln.

Um die Teilhabe am Arbeitsleben zu verbessern, stellen Integrations- und Selbsthilfefirmen sowie die Arbeitsassistenz ein wichtiges ergänzendes Angebot dar. Wir GRÜNE fordern daher die Bundesagentur für Arbeit auf, diesen Sektor noch stärker zu unterstützen. Einer rückläufigen Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Arbeitsplätze muss entgegen gewirkt werden. Menschen mit Behinderungen müssen vorrangig im ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Neben den Werkstätten für Menschen mit Behinderung ist diese aktive Arbeitsmarktpolitik zur Eingliederung unerlässlich.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben, egal ob in Regierung oder Opposition, aktiv an der Ausarbeitung der Behindertengleichstellungsgesetze in Bund und Land mitgewirkt. Ein Menschenbild, welches auf gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung basiert, ist als unsere grüne Handschrift in diese Gesetze mit eingeflossen. Unser Ziel bleibt weiterhin ein Bundesleistungsgesetz jenseits des Sozialhilferechts. Darin sollte die Finanzierung der heutigen Eingliederungshilfe auf verlässliche Grundlagen gestellt werden. Eine grüne Sozialpolitik auf Bezirksebene kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, gesellschaftliche Mehrheiten für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu schaffen.

Grüne Psychiatriepolitik

Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Immer mehr Menschen sind davon betroffen. Dies hat auch zu einer veränderten Wahrnehmung psychischer Erkrankungen in der Gesellschaft geführt. Nach wie vor herrscht aber über seelische Krankheitsverläufe erschreckende Unwissenheit und Vorurteile in der Bevölkerung. Der Bezirk baut eine gemeindenahere Kinder- und Jugendpsychiatrieversorgung sowohl stationär und ambulant aus.

Psychisch kranke Menschen sollen dabei unterstützt werden, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Eine Stärkung ambulanter Hilfen wie der Sozialpsychiatrischen Dienste, Institutsambulanzen und Übergangseinrichtungen ist dazu notwendig.

Vor allem muss sichergestellt sein, dass auch FachärztInnen in den ambulanten Diensten eingesetzt werden.

Der Ausstieg der Krankenkassen und des Freistaats Bayerns aus der Finanzierung der sozialpsychiatrischen Dienste ist nicht hinnehmbar. Folge davon wird sein, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen sich wieder häufiger und für längere Zeit in stationäre Einrichtungen begeben müssen bzw. notwendige Hilfen sehr viel später greifen. Es ist vorrangige Aufgabe des Bezirks, für eine gute ambulante Versorgung psychisch kranker Menschen zu sorgen. Für uns GRÜNE gilt: „Ambulant vor stationär und beides möglichst wohnortnah!“

Viele psychisch kranke Menschen können nur außerhalb von psychiatrischen Einrichtungen leben, wenn Hilfe im Krisenfall auch zu ihnen nach Hause kommt. Neue Wege der Krisenhilfe müssen gefördert und ausgebaut werden. Erste positive Erfahrungen in Nürnberg zeigen, dass bei psychischen Krisen wie Phobien, Suizidgedanken oder Gewaltausbrüchen die rasche fachliche Unterstützung durch ein Krisenteam Zwangsmaßnahmen und polizeiliche Eingriffe in vielen Fällen überflüssig macht.

Wir fordern, dass zur Wiedereingliederung psychisch kranker Menschen weitere Möglichkeiten der Arbeitstherapie und Rehabilitation eröffnet werden, z.B. in den bestehenden Gärtnereien, in ehemaligen landwirtschaftlichen Gütern und anderen Wirtschaftsbetrieben an den Bezirkskliniken.

Die drei Bezirkskliniken in Erlangen, Ansbach und Engelthal werden als Kommunalunternehmen geführt. Es ist erklärtes Ziel der mittelfränkischen GRÜNEN in der nächsten Wahlperiode im Verwaltungsrat der Bezirkskliniken mitzubestimmen. Für das Jahr 2007 hat der Bezirk voraussichtlich 1,8 Millionen EUR für den Ausgleich des Defizits in den Bezirkskliniken aufzuwenden.

Dies entlässt den Bezirk jedoch nicht aus seiner Verpflichtung, als Arbeitgeber für vorbildliche Arbeitsbedingungen zu sorgen. Vor allem im sozialen Bereich muss dafür gesorgt werden, dass Leistungserbringer und die Bezirkskliniken mit einer angemessenen Fachkraftquote und tariflicher Entlohnung ihren Anforderungen gerecht werden.

Alternative Heilmethoden als sinnvolle Ergänzung zu herkömmlicher medizinischer Behandlung sind zu prüfen und anzuwenden. GRÜNE setzen sich dafür ein, dass auch solche Angebote im Bezirk Mittelfranken für psychisch kranke Menschen, insbesondere für Kinder, angeboten werden. Wir GRÜNE fordern frauenspezifische Einrichtungen in der Psychiatrie.

Natur- und Umweltschutz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die „Umweltpartei“, daran wird sich nichts ändern!

Zur Abwehr von Zersiedelung und Beschädigung durch exzessive Landwirtschaft und Verkehrsplanung bleibt der Ankauf von schützenswerten Flächen derzeit effizientester Naturschutz. Alle Maßnahmen müssen in enger Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und dem Landschaftspflegeverband durchgeführt werden. Die Ausweisung von landkreisübergreifenden Naturschutzgebieten war bislang Aufgabe des Bezirks. Durch eine Änderung der Naturschutzgesetze in Bayern ist hierfür der Bezirk Mittelfranken nicht mehr zuständig. Das ist rückgängig zu machen!

Die oberste Leitlinie von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der integrierte Umwelt- und Naturschutz, der auf eine ökologisch verantwortbare Nutzung aller sonstigen wirtschaftlichen Flächen zielt.

Der Bezirk Mittelfranken als Eigentümer des Gutes Eggenhof in der Gemarkung Uttenreuth östlich von Erlangen ist aufgefordert, der flächenfressenden Straßenplanung „Südumgehung Buckenhof - Uttenreuth“ entgegenzutreten und sich für den Schutz von Bannwald und der Wassergewinnungsanlage Erlangen einzusetzen.

Grundsätzlich gilt: Bei der Gewässerpflege ist der Schutz des Wassers vor dem Menschen eine ebenso wichtige Aufgabe wie der Schutz des Menschen vor dem Wasser.

Dem Bezirk Mittelfranken wurde die Zuständigkeit für „Gewässer 2. Ordnung“ durch eine unsinnige Verwaltungsreform entzogen! Ab 1.1.2009 ist dafür die Bezirksregierung zuständig. Hier kann schnell ein Interessenskonflikt mit landesplanerischen Maßnahmen (z.B. Straßenbau trotz Wasserschutzgebiet) entstehen.

GRÜNE fordern:

- Rückhalteflächen für Hochwasser vor Ort, um Überschwemmungen zu verhindern.
- Erhalt von naturnahen Flußauen und ökologisch wertvollen Feuchtwiesen.
- Erstellung eines gesamtökologischen Konzeptes für den Bereich nachhaltigen Wasserschutzes (z.B. Renaturierung der Bach- und Flussläufe,
- Keine weitere Baulandausweisungen in Uferbereichen, Bepflanzung und „Entsiegelung“ oftmals völlig verbauter Uferbereiche).

Deshalb fordern wir GRÜNE: Diese Verlagerung der Zuständigkeit muss rückgängig gemacht werden!

Ein aktiver Naturschutz dient dem Erhalt der traditionsreichen mittelfränkischen Kulturlandschaft.

Es war ein umweltpolitischer Rückschritt, als im Jahre 2004 etwa 115.000 Euro an Zuschüssen für Bund Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz und Umwelthilfe Erlangen im Haushalt der Mittelfranken-Stiftung „Natur-Kultur-Struktur“ gestrichen wurden. Diese massive Kürzung durch die CSU bedeutete für viele Umweltprojekte und Umweltbildungsmaßnahmen in Mittelfranken das Ende. Es verhöhnte das Engagement von vielen Menschen, die sich für den Schutz von Natur und Umwelt einsetzen. Dies ist rückgängig zu machen und in der nächsten Wahlperiode genügend Geld dafür bereit zu stellen.

Wir GRÜNE fordern die verstärkte Unterstützung der kleinbäuerlichen, regionalen landwirtschaftlichen Betriebe und vor allem die des ökologischen Landbaus. Der ökologische Landbau ist die nachhaltigste Form bäuerlicher Landwirtschaft, weil er ohne Chemie in geschlossenen Kreisläufen mit positiver Energiebilanz vollwertige, unbelastete Lebensmittel produziert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den ökologischen Landbau und regionale Wirtschaftskreisläufe zum Leitbild der bäuerlichen Landwirtschaft in Mittelfranken machen. Grüner Hartnäckigkeit ist es zu verdanken, dass Genmais in Triesdorf nicht zum Einsatz kommt, dass Käfighühnerhaltung in den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf der Vergangenheit angehört. Die GRÜNEN haben entscheidenden Anteil, dass es zwischen den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf und dem ökologisch geführten Demeter-Betrieb Müßighof bei Absberg am Brombachsee eine Zusammenarbeit gibt.

Unser Ziel bleibt die Umstellung der Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf auf ökologischen Landbau.

Im Sinne der Biodiversität befürworten wir die ökologische Bewirtschaftung von ungefähr 6 ha Fläche der Saatzucht in Triesdorf mit Winterweizensorten, die für den ökologischen Anbau empfohlen werden.

Diese unabhängige Saatzucht garantiert Vielfalt, Sortenerhaltung und Sortenentwicklung. Wir setzen uns für eine langfristige Perspektive und für entsprechende finanzielle Mittel für die Saatzucht ein.

Die Ausbringung gentechnisch veränderten Saatguts auf bezirkseigenen Flächen ist nicht zu verantworten. Der Bezirk Mittelfranken muss sich zur gentechnikfreien Region erklären.

Öko- bzw. Vollwertkost muss ein Pflichtbestandteil der bezirkseigenen Kantinen und Krankenhausküchen werden. Die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Lehranstalten wie auch der klinikeigenen Gärtnereien sind vorrangig zu nutzen. Wir GRÜNE wollen regionale Wirtschaftskreisläufe und kurze Transportwege.

Wir fordern, dass der Einkauf regionaler und ökologischer Produkte erste Priorität hat. Bestrahlte und/oder mit Hilfe der Gentechnik hergestellte Lebensmittel sind auszuschließen. Nur mit dezentralen Küchen vor Ort sind solche Ziele zu erreichen.

Der Bezirk Mittelfranken muss seinen Einfluss geltend machen, um den öffentlichen Personen- und Nahverkehr (ÖPNV) stärker zu vernetzen und auszubauen, im Hinblick auf Umweltschutz und barrierefreie Mobilität.

Beim Klimaschutz muss der Bezirk Mittelfranken seine Vorbildfunktion aktiv wahrnehmen! Wir fordern eine energetische Sanierung aller Bezirksgebäude. Der Fuhrpark des Bezirks muss auf umweltschonende Fahrzeuge umgerüstet werden. Der Bezirk muss regenerative Energien stärker fördern: Wo immer möglich sollen Solaranlagen auf Bezirksgebäuden zu einer umweltverträglichen Energieerzeugung beitragen. Der Bezirk soll Dächer auf bezirkseigenen Einrichtungen für Bürgersolarinitiativen zur Verfügung stellen.

In allen Einrichtungen des Bezirks ist konsequenter Natur- und Umweltschutz zu praktizieren, wie z.B. Müllvermeidung, Energiesparmaßnahmen, Nutzung regenerativer Energien, ökologisches, flächensparendes Bauen und ökologischer Landbau.



Kultur - welttoffen und regional

Unsere vielseitige Kultur ist in den Orten und Regionen Mittelfrankens zu Hause. Mit der bezirkseigenen Mittelfrankenstiftung stärkt der Bezirk die Kultur vor Ort und fördert mit jährlichen Ausschüttungen in ganz Mittelfranken Institutionen und Organisationen, Theater, Vereine eine Vielzahl von einzelnen Projekten.

Wir GRÜNE setzen uns für Einrichtungen, Initiativen und Projekte ein, die integrative und interkulturelle Akzente setzen. Weniger etablierte und neue Initiativen liegen uns besonders am Herzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die bezirkseigenen kulturellen Einrichtungen, wie beispielsweise das Fränkische Freilandmuseum in Bad Windsheim mit seinen historischen Gebäuden, seinem Freilandtheater und seinem vielfältigen Veranstaltungsangebot. Darunter fällt auch der „Fränkische Sommer“, der in bestem Sinne einen Bezug zwischen Musik, Architektur und Landschaft herstellt.

Die Partnerschaften des Bezirks Mittelfranken mit der Region Limousin in Frankreich und der Woiwodschaft Pommern in Polen sowie die trinationale Partnerschaft zwischen den einzelnen Regionen fördern den kulturellen und persönlichen Austausch in vielfältiger Weise und tragen zu Weltoffenheit bei. Hier leistet der Bezirk wichtige Arbeit, die weiter ausgebaut werden soll.

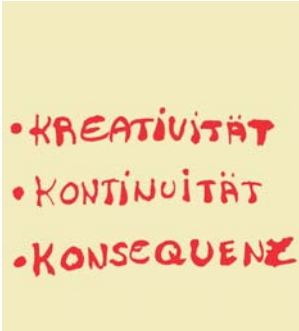
Wir wollen, dass Denkmalpflege wieder einen höheren Stellenwert erhält. Dazu gehört zum Beispiel, die historischen Gebäude am ursprünglichen Ort zu erhalten und fachgerecht zu restaurieren, um die baugeschichtliche Identität Frankens zu bewahren.

Hierfür fordern wir, dass die Haushaltsmittel auf allen politischen Ebenen wieder deutlich erhöht werden.

Generell liegt den GRÜNEN die kulturelle Jugendarbeit sehr am Herzen. Die GRÜNEN sehen eine Kernaufgabe des Bezirks darin, bestehende Einrichtungen und neue Initiativen zu stärken, zu vernetzen und eigens zu würdigen.

Seit 2006 gibt es Kinder- und Jugendkulturtage des Bezirks Mittelfranken, die junge Menschen dazu einladen, kräftig mitzumISCHEN. Der Bezirksjugendring Mittelfranken als Fachstelle für Jugendarbeit hat im Auftrag des Bezirks Mittelfrankens die Koordination und Programmerstellung dafür übernommen.

Wir GRÜNE unterstützen diese Kinder- und Jugendkulturtage und setzen uns für dieses Erfolgsprojekt ein.

- 
- KREATIVITÄT
 - KONTINUITÄT
 - KONSEQUENZ

Bildung und Jugend

Die Bildungseinrichtungen des Bezirks leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bieten jungen Menschen Chancen für einen guten Start in das Berufsleben. So lange es in Bayern mit Förderzentren, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien de facto ein viergliedriges Schulsystem gibt, ist der Bezirk aufgerufen, dort als Schul- und Ausbildungsträger tätig zu werden, wo Integration nicht gelebt wird. Wir GRÜNE achten die fachlich gute Arbeit des Personals an diesen Bildungseinrichtungen.

Der Bezirk soll sich verstärkt als Bildungsträger in der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung und als Träger von Berufsschulen und Berufsschule zur sonderpädagogischen Förderung engagieren.

Mit der Musikfachschule Dinkelsbühl, den Landwirtschaftlichen Lehranstalten Triesdorf sowie der Maschinenbauschule Ansbach deckt der Bezirk zusätzlich ein umfassendes Bildungsspektrum ab und setzt damit in Westmittelfranken strukturpolitische Akzente.

Die außerschulische Bildungsarbeit in Vereinen und Verbänden wird durch den Bezirksjugendring in vielfältiger Weise gestaltet. Der Bezirk Mittelfranken fördert über das Medienzentrum Parabol die Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit modernen Kommunikationstechniken. Die Risiken und Chancen des virtuellen Dschungels und der sorglose Umgang mit persönlichen Daten bedürfen einer kritischen Auseinandersetzung; Medienkompetenz will geübt sein.

Bei uns machen Frauen Politik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auf allen politischen Ebenen Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen ihre verschiedenen Lebensentwürfe - mit oder ohne Mann, mit oder ohne Kind, mit oder ohne Familie - realisieren können.

Die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung von Männern und Frauen ist leider noch immer nicht selbstverständlich.

Deshalb setzen wir uns ein für:

■ Quotierung bei allen Stellenbesetzungen in allen Bereichen und allen Positionen. Dies ist namentlich im Pflegebereich wünschenswert und notwendig. Wir gestehen den Männern ausdrücklich zu, in diesem Bereich eine größere Rolle zu spielen.

■ Teilzeitbeschäftigung soll vor allem für beide Geschlechter auch bei Führungspositionen gefördert werden

■ Angemessene Bezahlung sozialer Kompetenz (v.a. im Pflegebereich).

■ Förderung frauenspezifischer Therapieeinrichtungen

Unsere Forderungen stehen nicht nur auf dem Papier, sondern schlagen sich in der konkreten Politik nieder: in unserer Bezirkstagsliste sind 13 von 24 Listenplätzen mit Frauen besetzt.

ZEIT WIRD ´S.

Am 28. September 2008
beide Stimmen für **GRÜN.**



Links zum Informieren:

www.gruene-mittelfranken.de
www.gruene-bayern.de

www.gruene-ansbach.de
www.gruene-erlangen-land.de
www.gruene-erlangen.de
www.gruene-fuerth-land.de
www.gruene-fuerth.de
www.gruene-nbg.de
www.gruene-nuernberger-land.de
www.gruene-roth.de
www.gruene-schwabach.de
http://basis.gruene.de/weissenburg

www.birgit-raab.de
www.berthold-lausen.de
www.werner-schmidt-gruene.de

Impressum:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Bezirksverband Mittelfranken
Grünes Büro

Fischerstr. 6a, 91522 Ansbach
Tel. 0981 - 6 66 89

E-Mail: info@gruene-mittelfranken.de
Internet: www.gruene-mittelfranken.de

Unsere Bezirkstagskandidatinnen und Bezirkstagskandidaten:



1 Birgit Raab



2 Dr. Berthold Lausen



3 Lydia Bauer-Hechler



4 Dr. Klaus Hiemeyer



5 Karin Holluba-Rau



6 Florian Thomae



7 Gerda Keilwerth



8 Ralph Hoffmann



9 Dorothee Petersen



10 Wolfgang Hirschmann



11 Renate Grädler



12 Werner Schmidt



13 Wencke Seuberling



14 Murat Ozeren



15 Brigitte Wellhöfer



16 Wolfgang Staudinger



17 Brigitte Dittrich



18 Klaus Loris



19 Karin Peucker-Göbel



20 Michaela Schremser



21 Margarete Zolanwar



22 Friedrich Trabert



23 Kerstin-Anja Münderlein



24 Paul Brunner

GRÜN WÄHLEN am 28. September 2008. Erst- und Zweitstimme für **GRÜN.**